



## Genialer Türöffner

EU-Umweltminister verhandeln über nationale Gen-Anbauverbote. Seite 5

Fotos: 123rf/ Maksym Narodenko (l.), 123rf/Roman Koksarov (r.)

## dasND.de/wm2014

Die FIFA ist korrupt, die Brasilianer protestieren gegen unsozialen WM-Protz. Dennoch: Wir erwarten jetzt freudig – den Anpfiff. Seiten 2, 3, 15 und 19

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Donnerstag, 12. Juni 2014

69. Jahrgang/Nr. 134

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Königskrieger

Roland Etzel zu den Kämpfen in Irak und Syrien

Der irakische Ministerpräsident bittet die »internationale Gemeinschaft« – damit meint er die USA und andere Länder des Westens – um Hilfe im »Kampf gegen den Terror«. Ob der Appell erhört wird, ist aber sehr zweifelhaft. Zwar möchte Washington eigentlich nicht, dass Maliki so endet wie der von ihm mit Bushs Hilfe gehenkte Saddam Hussein. Deshalb hat man ihn bereits mit Milliarden Dollar aufgerüstet.

Erreicht hat der Westen damit vor allem, dass nun noch mehr Waffen auf dem Schauplatz sind. Mit den jetzt zu besichtigenden Folgen. Ein schlüssiges politisches Konzept von Washington ist dabei nicht zu erkennen. Malikis bewaffnete Widersacher sind vor allem anonyme Dschihadisten aus Algerien bis Tschetschenien, die in Irak wie Syrien die Unzufriedenheit der Bevölkerung nutzten, aber längst auf eigene Rechnung unterwegs sind. Deren Kampf gegen Assad ist dem Westen recht, der gegen Maliki aber nicht. Ebenso verhält es sich mit der umfassenden Hilfe der Golfmonarchien, ohne deren Geld und Waffen für die »Rebellen« heute wohl weder Assad noch Maliki derart in Bedrängnis wären.

Vor allem Katar und Saudi-Arabien wären als Sponsoren der Kriege in Irak wie Syrien zu nennen, wobei beide Monarchen wiederum einander verfeindete Terrorgruppen aushalten und damit auf dem Territorium der Bürgerkriegsländer ihr Fingerhaken um die regionale Vorherrschaft austragen. Wie lange will die Bundesregierung eigentlich noch ihre Waffendeals mit den kriegswütigen Königen auf der Halbinsel rechtfertigen?

## UNTEN LINKS

Frauen haben dank aller möglichen Zeitschriften längst begriffen, dass **Attraktivität** als Wegbereiterin des Erfolgs unerlässlich ist. Bereitwillig legt vor allem der prominente Teil von ihnen Brüste, Lippen oder Bäuche dem Chirurgen vor. Männer brauchen dazu noch ein bisschen Zeit, nachdem der erste Feldversuch eines bundesrepublikanischen Kanzlers, der sich die Haare färben ließ, an der Rückständigkeit seiner Untertanen scheiterte. Eine Klinik an der Weser bietet Männern an, ihnen ein anständiges Kinn aus Silikon zu basteln, die Wangenknochen aufzupeppen und dem platt gesessenen Hinterteil mit Hyaluronsäure zu mehr Spannkraft zu verhelfen. Wenn sich nach der Sommerpause der Plenarsaal im Reichstag wieder füllt und es einem vorkommt, als säße ein Schauspieler neben der Kanzlerin, dann hat sich nur ein Volksvertreter in die Weserklinik begeben. Im Bundestag gibt es auch ohne Johnny Depp mit den markanten Wangenknochen ganz großes Kino. *ott*



Foto: imago/Ulmer

## 168 Millionen dürfen nicht mitspielen

Weltweit werden massenhaft Kinder ausgebeutet – auch im WM-Land

Berlin. Zuerst die gute Nachricht: In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Kinder, die zur Lohnarbeit gezwungen sind oder werden, um rund ein Drittel gesunken.

Die schlechte lautet: Immer noch müssen nach Angaben des Hilfswerks UNICEF rund 168 Millionen Kinder arbeiten, weit mehr als die Hälfte von ihnen unter Bedingungen krasser Ausbeutung, gesundheitlicher Gefahr und entwürdigenden Umständen. Sklaverei, Missbrauch und Diskriminierungen von Kindern prangerte der Papst an. Organisationen riefen aus Anlass des Welttags gegen Kinderarbeit am Donnerstag zu mehr Anstrengungen auf.

Die Gründe für jene »schlimme Kindesrechtsverletzung«, so die Kindernothilfe, sind politisch nicht alternativlos: Kinder müssen Geld zum Überleben der Familie verdienen, weil die Arbeit der Eltern dazu nicht reicht – oder es diesen an sozialer Absicherung fehlt. »Ausbeuterische Kinderarbeit kann verhindert werden, sie ist keine unvermeidbare Konsequenz von Armut und Unterentwicklung«, sagte Christian Schneider, Geschäftsführer von UNICEF Deutschland.

Politiker sprachen sich unter anderem für fairen Handel aus, weil dieser die Entlohnung der Erwachsenen verbessere. Auch die inter-

nationale Durchsetzung von Mindestnormen im Arbeitsbereich wurde erneut angemahnt.

Dass Verbote und Kontrollen das Problem allein nicht lösen werden, zeigt das Beispiel Brasilien, wo am Donnerstag die Fußballweltmeisterschaft der Männer startet. Trotz strenger Gesetze und staatlicher Kontrollen müssen dort fast 640 000 Mädchen und Jungen zwischen fünf und 14 Jahren mindestens 28 Stunden in der Woche schuften, statt zum Beispiel zur Schule gehen zu können. Oder auf den Spielplatz. Ein bisher kaum wahrgenommenes Problem sei die Arbeit in Modelagenturen und im Profifußball. *nd/mit Agenturen*

## Schneller berichtet – und mehr geliefert

Deutscher Rüstungsexportbericht 2013: Bombengeschäfte vor allem jenseits von EU und NATO

**Deutschland hat im vergangenen Jahr abermals mehr Waffen exportiert. Das steht in dem am Mittwoch vom Kabinett gebilligten Rüstungsexportbericht.**

Von René Heilig

»Noch nie hat eine Bundesregierung so offen und transparent Auskunft gegeben über den Export von Rüstungsgütern wie dieses«, sagt Sigmar Gabriel. Tatsache ist: Statt wie üblich im Herbst liegen die Zahlen des Vorjahres nun im Sommer vor.

Mit dieser Art »Transparenz« hätte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) bei der Vorstellung des Rüstungsexportberichts glänzen können, doch der Termin fiel aus. Angeblich, weil die zu verkündenden Fakten von Gabriels Amtsvorgänger Philipp Rösler (FDP) zu verantworten sind. Vertrauen in die vom SPD-Chef versprochene Änderung der Exportpraxis schafft man anders.

Der 2013er Bericht enthält zwar vieles, was empören sollte, doch nichts Überraschendes. Durch Medienrecherchen waren besonders schwerwiegende Entscheidungen aufgedeckt worden.

Insgesamt wurden 2013 Rüstungsexporte im Wert von 8,34 Milliarden Euro genehmigt. (2012: 8,87 Milliarden Euro). Neben sogenannten Sammelausfuhrgenehmigungen gab 17 280 Einzelgenehmigungen im Wert von 5,846 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr ist da also eine Steigerung um rund 1,14 Milliarden Euro zu errechnen. 38 Prozent der Genehmigungen entfielen auf Exporte in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder. Rund 62 Prozent betrafen Drittländer. Das ist ein Plus von sieben Prozent. Dieser hohe Anteil erbege sich, so sagt das Wirtschaftsministerium, aus umfangreichen Genehmigungen für Exporte nach Algerien, Katar, Saudi-Arabien und Indonesien. Das sind allesamt Regime, in

denen Menschenrechte wenig zählen. Auf Entwicklungsländer entfielen 9,6 Prozent der Genehmigungen, das sind sieben Prozent des Gesamtwertes.

**»Waffenexportkanzlerin Angela Merkel beliefert immer hemmungsloser auch noch den letzten Diktator mit deutschen Waffen.«**

Jan van Aken, Bundestags-Linksfraktion

Nun sind Genehmigungen und Exporte nicht immer identisch. Belegt sind Lieferungen in Höhe von 274,7 Millionen Euro für Südkorea, Waffen und Gerät für 102,3 Millionen Euro gingen in die Vereinigten Arabischen Emiraten,

Rüstungsgüter für 59,1 Millionen Euro bekam Algerien, und in Höhe von 52,5 Millionen Euro landete Todeswerkzeug in Singapur. Auf diese vier Länder entfielen 55 Prozent des Gesamtvolumens.

Im Blickpunkt sind zumeist Freigattungen, U-Boote oder Panzer. Gabriels Haus kommt aber nicht umhin, auf die »besondere Sensibilität des Exports von Kleinwaffen« hinzuweisen. Die Regierung lege da besonders »strenge Maßstäbe an«, insbesondere, wenn es um Exporte von Kleinwaffen in Dritt- und Entwicklungsländer gehe. Doch: Laut Bericht ist auch dieser Sektor im Aufschwung. Der Erlös aus erteilten Einzelgenehmigungen stieg 2013 auf 82,3 Millionen Euro (2012: 76,2 Millionen).

Beachtenswert ist das Geschäft mit Ersatzteilen und Munition. So ist es denkbar, dass in der Ukraine mit deutschen Kugeln getötet wird. Kiew wie Moskau wurden mit Gewehrpatronen und anderem Gerät beliefert. *Kommentar Seite 4*

## Eine halbe Million Iraker flieht vor Dschihad-Kämpfern

Sunnitische Gotteskrieger auf dem Vormarsch in Richtung Bagdad

Bagdad. Die Terrorgruppe Islamischer Staat in Irak und Syrien (ISIS) bewegt sich auf die irakische Hauptstadt Bagdad zu. Die Kämpfer der ISIS eroberten am Mittwoch die für die Ölförderung wichtige Stadt Tikrit. Nach dem Sturm auf die Millionenstadt Mossul am Dienstag ist der türkische Konsul dort als Geisel genommen worden. Insgesamt seien 48 Menschen in der Gewalt von Terroristen, berichteten türkische Medien. Die Zahl der entführten türkischen Lkw-Fahrer in Mossul erhöhte sich auf über 30. Die Fahrer waren von ISIS-Kämpfern verschleppt worden.

Der Vormarsch der Dschihad-Kämpfer hat eine halbe Million Menschen in die Flucht getrieben. Die Internationale Organisation für Migration teilte am Mittwoch mit, in Mossul könnten die Verletzten nicht versorgt werden, weil die großen Krankenhäuser nicht mehr zugänglich seien. Bei ihrem weiteren Vormarsch exekutierten die Dschihadisten laut Behörden 15 irakische Soldaten.

Die Bundesregierung sieht die Entwicklung mit »allergrößter Sorge«. Der Sprecher des Auswärtigen Amts, Martin Schäfer, appellierte am Mittwoch an die verschiedenen politischen Lager, ihren Machtkampf zu beenden und sich schnell auf eine handlungsfähige Regierung zu einigen.

»Sein Hilferuf an die USA gibt Zeugnis für das umfassende Scheitern des irakischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki«, erklärt Stefan Liebich, Obmann der LINKEN im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages. »Statt nun, wie von Maliki gefordert, erneut militärisch in Irak zu intervenieren, sollten die USA vor allem die Waffenlieferungen nach Irak stoppen. *dpa/nd* Seite 7

## Pro Asyl will Schutz von Syrern ohne Bürokratie

Bund und Länder beraten über Aufnahme weiterer Flüchtlinge

Berlin. Mehrere SPD-geführte Bundesländer haben zum Auftakt der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern eine Aufnahme von weiteren Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien gefordert. »Das ist die humanitäre Katastrophe unseres Jahrhunderts«, sagte der Vorsitzende der Konferenz, Ralf Jäger (SPD), am Mittwoch im WDR. Die aktuellen zwei Bundesprogramme zur Aufnahme von 10 000 Flüchtlingen seien zu wenig. Im Gespräch ist eine Aufstockung des Kontingents weitere 10 000 Schutzbedürftige.

Bislang läuft die Aufnahme der Bürgerkriegsflüchtlinge nur sehr schleppend an. Der Flüchtlingsrat NRW beklagt die hohen bürokratischen Hürden für Syrer. »Die Leute müssen teilweise monatelang auf einen Termin in der Botschaft warten, um ein Visum zu bekommen«, kritisiert Birgit Naujoks vom Flüchtlingsrat NRW gegenüber »nd«. Auch die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl hat zu mehr Anstrengungen bei der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen appelliert und sieht hierbei ebenso die EU in der Pflicht, wie Karl Kopp von Pro Asyl in einem Gastbeitrag für »nd« betont. *nd* Seiten 4, 6 und 8

Heute auf Seite 10  
Gesund leben

Sein Name macht Angst:  
Vor 150 Jahren wurde  
Alois Alzheimer geboren

ISSN 0323-3375

